

Nachhaltigkeit erfuhr mit dem World Summit on Sustainable Development (WSSD 2002) in Johannesburg erneute Konjunktur. Doch die Bestrebungen, zukunftsfähige Entwicklungen weltweit zu fördern, waren bislang wenig erfolgreich, vielmehr sind nachhaltige Schwierigkeiten auszumachen. Warum gelingt es nicht, die ganze Tragweite des Begriffs der Nachhaltigen Entwicklungen begreifbar zu machen und die neuen Bilder, die neue Qualität eines ganzheitlichen Lebens zu vermitteln? Es hapert schon am sperrigen Wort, in dem der erhobene Zeigefinger mitschwingt. Schon versucht man es über ein neues Schlagwort „responsible prosperity for all“, also verantwortbarer Wohlstand - zu hinterfragen bleibt welcher Wohlstand und für wen? Konstruktives braucht Zeit, heißt es auch, doch die damit einhergehende Kardinaltugend der Hoffnung allein ist zu wenig. Es müssen noch mehr Anstrengungen unternommen werden, um allen Menschen die (Überlebens)Wichtigkeit Nachhaltiger Entwicklungen zu verdeutlichen. Zukunftsfähige Entwicklungen können nicht verordnet werden, Nachhaltigkeit ist nur schrittweise über gesellschaftspolitische Konkretisierungs- und Willensbildungsprozesse verwirklichtbar, eine breite, sachliche Nachhaltigkeitsdebatte ist die Basis für einen entsprechenden gesellschaftlichen Konsens. Wenn dabei aber nicht alle Sinne der Menschen mitangesprochen werden, wird der Schritt vom ganzheitlichen Bewusstsein zum entsprechenden Handeln ausbleiben. Innovative und kreative Denkansätze sind gefragt.

Das Konzept der Nachhaltigkeit oder Zukunftsfähigkeit stellt die Grundlage des heutigen Wirtschaftsdenkens in Frage. Statt Wachstumszwang setzt es auf ein dynamisches Gleichgewicht zwischen Wirtschaft, sozialem Frieden und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Die vierte, die politische oder institutionelle Säule der Nachhaltigkeit zielt auf die zukunftsfähige Gestaltung der „Spielregeln“ gesellschaftlichen Zusammenlebens. In einer durch immer komplexere Zusammenhänge und wechselseitige Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten geprägten Welt sind die globalen Herausforderungen wie Armut, Umweltzerstörung, kriegerische Auseinandersetzungen, Migration, Arbeitslosigkeit, soziale Konflikte, Kriminalität, internationaler Terrorismus sowie Infektionskrankheiten nicht mehr allein auf nationalstaatlicher Ebene lösbar. Zur Gestaltung des globalen Wandels bedarf es einerseits der Kooperation und Koordination auf allen Ebenen, andererseits sind interdisziplinäres Vorausdenken und ganzheitliches Bewusstsein erforderlich.

In Teil I dieses Beitrags werden die Interdependenzen zwischen Umwelt - Friede - Entwicklung in Zeiten der Globalisierungen¹ skizziert. Teil II beleuchtet die Machtverschiebungen zugunsten globaler Akteure sowie die notwendigen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen, Global Governance. Neben strukturellen Reformen und politischer Gestaltung ist zudem das in Teil III erläuterte neue ganzheitliche Bewusst-Sein als Basis einer nachhaltigen Verhaltensänderung erforderlich, das auf Wissen plus Werten aufbaut.

I. UMWELT - FRIEDE - ENTWICKLUNGEN ALS GLOKALE HERAUSFORDERUNGEN

Nachhaltige Entwicklung als normatives Konzept vermittelt die Vorstellung einer Welt wie sie sein sollte, und wurde mit dem Erdgipfel in Rio 1992 international etabliert². Auf Makroebene wurde der Nachhaltigkeitsbegriff mit der Verpflichtung, dass „die Bedürfnisse gegenwärtiger und zukünftiger Generationen auf Entwicklung und Umwelt gerecht erfüllt werden“ (Grundsatz Nr. 3 der Rio-Deklaration), abgesteckt. Das 1987 mit dem Brundtland-Bericht bekannt geworden Leitbild gründete auf der Maxime intergenerativen, also Generationen-gerechten Handelns. Heute geht es weit über eine Konzentration auf die Ressourcen- und Senkenproblematik hinaus und umfasst eine integrative, gleichwertige und gleichberechtigte Behandlung der drei Dimensionen Ökologie,

¹ Globalisierung mit der Internationalisierung des Wirtschaftens gleichzusetzen, greift zu kurz, das Loswerden von Grenzen alltäglichen Lebens und Handelns ist in den verschiedensten Dimensionen der Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Technologie und Ökologie erfahrbar. So spricht man auch von „Globalisierungen“ im Plural.

² Ein historischer Überblick über die Entwicklung des Begriffs bzw. Entwicklungstheorien und -politik wurde in anderen Beiträgen behandelt und würde diesen Rahmen sprengen.

Wirtschaft und Soziales. Die intragenerative, sprich Verteilungs-Gerechtigkeit zwischen und innerhalb der Länder ist demnach ebenso einzubeziehen. Alle Eingriffe des Menschen in soziale, ökonomische und ökologische Systeme sind immer auch unter dem Aspekt der Verantwortbarkeit und Zukunftsfähigkeit zu sehen.

Die langfristige Sicherheit der Erde und ihrer Bevölkerung ist vor allem durch das Ungleichgewicht zwischen dem Menschen und seinen natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet. Der Mensch hat schon früh zerstörerische Spuren auf der Erde hinterlassen, historische Beispiele finden sich bereits in der Antike. Die damaligen Umweltkrisen waren jedoch lokal oder regional begrenzt. Planetarische Dimensionen haben die anthropogenen Eingriffe erst mit Beginn der industriellen Revolution angenommen: Schädigung der Ozonschicht, Klimaänderung, Rückgang der biologischen Vielfalt, Verlust der Wälder, Degradierung von Böden und Gewässer sowie gefährliche Abfälle.

Das sich seit dem 15. Jahrhundert entwickelnde mechanistische Naturbild begünstigte den Übergang von der Naturerklärung zur (vermeintlichen) Naturbeherrschung. Der aufgerissene Graben zwischen Mensch und Natur wurde immer tiefer, mit der „Denaturierung“ des Menschen war die Entfremdung vorprogrammiert. Im Glauben an den Fortschritt, der seine Blütezeit im Europa des 18. Jahrhunderts hatte, „entdeckten“ die Europäer die Welt. Eine nahezu unumstrittene, optimistische und zum Teil arrogante Sicht der modernen industriellen Entwicklung herrschte bis in die sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts vor und existiert mancherorts noch heute. Im Zuge der Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Bereiche wurde nicht nur der Mensch zum Humankapital bzw. auf seine Kaufkraft oder gar den Kostenfaktor reduziert, sondern auch die Natur zum wirtschaftlich nutzbaren Material, zur Ressource für den Produktionsprozess bzw. zum Mülleimer, zur Schadstoffsenke degradiert. Mit der Vernachlässigung des intrinsic value, also des Wertes der Natur an sich, wird das Beziehungsgefüge zwischen Gesellschaft und Umwelt zunehmend gestört, was wir als Umweltschäden und in weiterer Folge krankmachende Lebensbedingungen wahrnehmen. Der enge Zusammenhang zwischen Umweltqualität und Gesundheit sowie Armut ist evident. Gesundheit ist nicht nur unabdingbar für ein menschenwürdiges Leben, sondern auch für eine gesamtgesellschaftlich nachhaltige, soziale und wirtschaftliche Entwicklung.

Die zumeist aus unserem nicht nachhaltigen Lebensstil resultierenden Umweltkatastrophen machen nicht an nationalen Grenzen halt. Wirbelstürme, Überschwemmungen und Dürreperioden verschärfen den täglichen (Über)Lebenskampf in den ärmsten Ländern der Welt, die aufgrund ihrer sensibleren Ökosysteme ungleich größeren Umweltrisiken ausgesetzt sind. Umweltprobleme sind Ursache und Folge von (umfassend definierter) Armut zugleich. Die internationale Staatengemeinschaft hat sich gemäß den UN-Millenniumszielen u.a. dazu bekannt, die Armut bis 2015 zu halbieren. Dabei ist Armut nicht einfach das Gegenstück zu materiellem Reichtum. Die Definition von Armut als Mangelzustand, gemessen an den existentiellen Grundbedürfnissen (Nahrung, Wasser, Kleidung, Wohnen samt adäquater Sanitäreinrichtungen) greift zu kurz, Armut bedeutet auch kulturelle und soziale Ausgrenzung. Armut heißt fehlende politische Partizipation und Beteiligung der Menschen an den Entscheidungen, die sie betreffen. Und das mit einem Leben in Armut einhergehende wiederholte Erleben von Demütigung, Ausbeutung und Ohnmacht bewirkt oftmals mangelnde Selbstachtung und geringes Selbstvertrauen.

Die letzten fünf Jahrzehnte Entwicklungspolitik haben gezeigt, dass Entwicklung³ nicht importier- oder exportierbar ist. Entwicklung bedeutet dabei mehr als wirtschaftliches Wachstum und technologischer Fortschritt. Doch mit der Rede zum Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman (1945) galten über Nacht vier Fünftel der Weltbevölkerung als „unterentwickelt“. Erstmals in der Geschichte wurden ganze Länder als arm angesehen bzw. begannen sich selbst als arm zu begreifen, weil sie nicht alles kaufen konnten, was sie zum „Menschsein“ brauchten. Das Sein und Handeln der Menschen wurde von der Obsession „mehr zu haben“ überrollt,

³ Aufgrund des problematischen Entwicklungsbegriffes wird auf den Ausdruck „Entwicklungsländer“ verzichtet, ist statt dessen von Ländern der südlichen Hemisphäre / des Südens die Rede. Freilich hinkt die Einteilung in Nord/Süd geographisch, ebenso die Generalisierung des „Westens“. Aus den Industrieländern wurden „moderne Industrienationen“. Der Begriff der Unterentwicklung wird längst aufgrund der Assoziation mit körperlicher und geistiger Unterlegenheit und seinem erniedrigenden Beigeschmack vermieden und der hierarchisierende Ausdruck „Dritte Welt“ ist mit Ende des Kalten Krieges ohnedies obsolet geworden.

traditionelle Glaubensvorstellungen und die Achtung vor der Natur wurden mit einem Schlag „entwertet“. So war und ist das Ziel von Entwicklung in vielen Köpfen noch immer die zum Idealbild verklärte (moderne) Industriegesellschaft als höchste Stufe in der Gesellschaftsentwicklung. Gemäß diesem linearen Evolutionsmodell soll(t)en „nicht-westliche“ Gesellschaften durch Übertragung soziokultureller, politischer und wirtschaftlicher Lebensformen des Westens entwickelt, „zivilisiert“ werden. Dabei ignoriert die reduktionistische Sichtweise einer globalen Entwicklung die Vielfalt aller möglichen kulturspezifischen Lebensweisen und Ausdrucksformen.

Die neuen Transport- und Kommunikationssysteme verbinden heute unterschiedlichste Kulturen über nationalstaatliche Grenzen hinweg. Mit den Globalisierungen geht aber auch eine Relokalisierung, eine Rückbesinnung auf lokale Besonderheiten und regional-kulturelle Stärken einher, die sich in der Wortsynthese „Glokalisierung“ (aus global und lokal) ausdrückt. Entgegen mancher Befürchtungen entsteht nicht eine weltweit homogenisierte Lebensform, eine globale „Monokultur“. Vielmehr geht der jahrhundertlange kulturelle Austausch in eine „globale Melange“ über und die westlichen Kulturen sind ein Teil dieser durch Vielfalt und Nicht-Integriertheit gekennzeichneten Welt(en)Gesellschaft. Dies soll aber nicht über Asymmetrien und Gefahren neuer Fundamentalismen und Abschottungstendenzen hinwegtäuschen. Nicht eine globale Gemeinschaft entsteht, vielmehr ist eine „globale Apartheid“ auszumachen. So partizipieren an der globalen Welt nur jene Menschen, die auch Zugang zu Kommunikation und Transport haben - das bedeutet Exklusion für jene, die keine bzw. eine zu geringe Kaufkraft haben. Die ärmsten Länder der Welt werden zusehends an den Rand gedrängt - ökonomisch, sozial und politisch. Von einer erfolgreichen Weltmarktintegration kann also nicht die Rede sein. Die herrschende Triadenkonkurrenz (Nordamerika, Westeuropa und Japan / Südostasien) wickelt drei Viertel des „Welt“handels ab, während der Anteil Afrikas etwa zwei Prozent beträgt. Mit Globalisierung korrespondieren demnach auch Marginalisierung und Fragmentierung (bzw. „Fragmegration“, also die Gleichzeitigkeit von Integration und Fragmentierung).

Dass die Mehrheit der Weltbevölkerung von Globalisierung an sich keinen Nutzen hat, bestätigt auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen. Die Illusion des universal möglichen ökonomischen Reichtums ist für die große Mehrheit der Menschen geplatzt. Nachholende Entwicklungsansätze haben vielerorts die Lebensbedingungen zerstört, zur Verelendung und verstärkten Abhängigkeit, sozialer und politischer Ausschließung sowie zum Verlust kultureller Kompetenz beigetragen und den Prozess der Umweltzerstörung erheblich beschleunigt. Die weltweite Ausdehnung der westlichen Lebensweise, die auf erschöpflichen fossilen (und nuklearen) energetischen Ressourcen gründet, hat sich nicht zuletzt angesichts der ökologischen Grenzen als „Schreckensszenario“ entpuppt. Schon ist mancherorts ein „Wohlstandschauvinismus“ auszumachen, der von anderen ein Umdenken verlangt, aber nicht am eigenen Lebensstil rührt, sich diesen vielmehr zu reservieren versucht. Die Umweltschutzbewegung der reichen Staaten unterliegt einem massiven Glaubwürdigkeitsproblem, solange wir unseren ökologischen Fußabdruck nicht verringern und eine Umkehr unserer Über- bzw. Fehlentwicklung vornehmen. Nachhaltigkeit in den modernen Industrienationen impliziert vor allem eine Bewusstseins- und Verhaltensänderung - „Gut leben statt viel haben“, Suffizienz ist das Gebot der Stunde. Dabei geht es nicht um Askese, sondern um Genügsamkeit. Wohlstand oder Lebensqualität hat eben weitaus mehr Komponenten als materiellen Besitz.

Maßgeblich für das Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit ist folgende Kernaussage Franz Nuschellers: Entwicklung kann nicht Entwickelt-Werden, sondern nur Sich-Entwickeln bedeuten. Dass Entwicklung im Einklang mit der Natur zu verstehen ist, sei explizit betont. Aufgrund der wechselseitigen Beeinflussung ist heute eine Trennung zwischen Mensch und Natur nicht mehr möglich. Dieses Bewusstsein könnte die notwendige Orientierung an einem integralen und intakten Mensch-Umwelt-System auf Grundlage einer neuen Verantwortungsethik befördern. Eine selbstbestimmte und dauerhafte Entwicklung kann nicht durch externe Inputs von Geld, Expertise und Personal herbeigeführt, sondern allenfalls gefördert werden. Anstelle von Mitleid und Hilfe, die so vage und selbstzufrieden sind, gilt es, andere Kulturen endlich die Vielfalt ihrer Lebensformen autonom zu definieren und leben zu lassen und ihnen Respekt entgegen zu bringen. Jeder Mensch hat seine eigenen schöpferischen und produktiven Fähigkeiten und Methoden, um seine Probleme zu lösen. Reines „Anrecht auf Hilfeleistung“ hat bislang die

Menschen entmündigt, sie in (weitere) Abhängigkeit getrieben und ihre eigene Antriebskraft erstickt. Es geht folglich darum, Freiräume, Anreize und entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, damit der Mensch Selbstbewusstsein, Eigeninitiative und Verantwortung entfalten kann. Bei den Forderungen nach (Hilfe zur) Selbsthilfe ist allerdings genau zu betrachten, ob dies als bequemes Alibi dient, Solidarität, Zusammenarbeit und Verantwortung abzuschieben. Da die Bildung eines sich selbst tragenden nachhaltigen Systems einen längerfristigen gesellschaftspolitischen Prozess erfordert, wäre eine plötzliche Auskoppelung der Menschen aus dem System, von dem sie abhängen, tödlich. Vorab sind jene exogenen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Faktoren zu verändern, die eigenständige Bemühungen behindern oder zunichte machen (wie Finanzspekulationen, Agrarsubventionen und andere Exporthemmnisse, Verschuldungskrise usw.). Zur Stärkung der Selbsthilfekräfte haben die betroffenen Länder freilich auch interne Reformen der Sozial- und Wirtschaftsstrukturen, ihrer Politik durchzuführen. So haben sich bspw. die afrikanischen Führer mit der Gründung der NEPAD (Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas) gegen schlechte Regierungsführung, Misswirtschaft und Korruption ausgesprochen und zur Rechenschaftspflicht, Transparenz, Demokratie und Beachtung der Menschenrechte bekannt.

Die größten Bedrohungen der menschlichen Sicherheit fußen in ökologischen, sozioökonomischen und politischen Missständen, also den strukturellen Gewaltursachen. Armut, knappe Ressourcen und deren ungerechte Verteilung können zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen und zur großen friedenspolitischen Herausforderung werden. Konfliktursachen sind weniger die sogenannten ethnischen Gründe, als vielmehr die Kontrolle über „wertvolle“ Ressourcen wie Erdöl, Wasser, Holz, Diamanten oder Drogen. Abgesehen von der humanitären Katastrophe zerstören bewaffnete Konflikte die Lebensgrundlagen der Menschen, ziehen Unsicherheit und Instabilität nach sich, werfen die betroffenen Gebiete in ihrer Entwicklung um Jahr(zehnt)e zurück und treiben Millionen Menschen in die Flucht. Hunger mündet nicht direkt in Terrorismus, aber gepaart mit Hoffnungslosigkeit wird ein gewalttätiges Klima geschaffen - der 11. September 2001 hat den Zusammenhang zwischen globaler Sicherheit und Gerechtigkeit offenbart. Demnach treffen die Auswirkungen in der Regel nicht nur die Nachbarländer, sondern haben weltweite Bumerangeffekte.

Um die für die globale Zukunftsfähigkeit nötigen Strukturveränderungen vorzunehmen, bedarf es einer internationalen Zusammenarbeit. Doch mangelt es vielfach an der Bereitschaft, die Menschen der südlichen Hemisphäre als gleichberechtigte Partner in globale Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Gegenwärtig ist das Nord-Süd-Verhältnis ein wirtschaftliches, und zunehmend politisches oder auch militärisches Machtverhältnis, überlagert durch ein ökologisches Abhängigkeitsverhältnis. Obwohl längst offenkundig ist, dass auch der Westen in vielerlei Hinsicht eine Weiter-Entwicklung braucht und dabei Einiges von den Ländern der südlichen Hemisphäre lernen könnte - etwa betreffend ihres Naturverhältnisses oder des sozialen Zusammenhalts -, geht der Übergang von der Geberbelehrung zur globalen Lernkultur nur langsam vor sich. Eine gerechte, menschenzentrierte, soziokulturell und technologisch angepasste und ökologisch verträgliche, selbstbestimmte und interdisziplinäre, nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit ist kein humanitärer Luxus, sie ist eine Zukunftsinvestition. Umfassend verstandene Nachhaltige Entwicklungspolitik dient dem Schutz und der Erhaltung unserer Umwelt, sie ist der Schlüssel für die menschliche Sicherheit, für das friedliche Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen der Welt. Und sie eröffnet die Chance einer neuen, ganzheitlichen Lebensqualität.

II BRAUCHEN WELTORDNUNGSPOLITIK

Im Zuge der Globalisierungsprozesse entstehen neue Machtverhältnisse. Unter den Dogmen neoliberaler Deregulierung und Privatisierung hat sich die Wirtschaft zunehmend aus der Gesellschaft herausgelöst, „entbettet“ und wirkt über (vermeintliche) Sachzwänge auf diese zurück. Die an ihre Bevölkerung und ihr Territorium gebundenen Nationalstaaten sind den transnationalen, also grenzüberschreitenden Akteur/innen unterlegen. So haben Transnationale Unternehmen (TNCs) mittlerweile eine Schlüsselrolle nicht nur in der Gestaltung der Wirtschaft, sondern der Gesellschaft insgesamt übernommen und können Macht ohne Verantwortlichkeit ausüben. Im internationalen (Standort)Konkurrenzkampf um Investitionsentscheidungen und Arbeitsplätze werden Nationalstaaten oder einzelne Produktionsorte gegeneinander ausgespielt (Öko- und Sozialdumping). Dabei „verdienen“ die TNCs heute sehr viel mehr Geld auf den Finanz-

märkten als mit der Güterproduktion. Knapp drei Prozent des Welthandels fallen auf den realen Handel von Gütern und Dienstleistungen, der Rest bildet eine Blase spekulativen Geldes - die Welt als ein riesiges Unternehmen, eine Spielbank (daher der Ausdruck Casino-Kapitalismus), ohne Wählersorgen und politische Verantwortung aber mit oft verheerenden, realen Konsequenzen.

Mit dem Zurückdrängen der Rolle des Staates wird bewusst oder unterbewusst unterstellt, dass Märkte im Grunde einen quasi-perfekten, selbstregulierenden gesellschaftlichen Wohlfahrtsmechanismus bereitstellen. Märkte sind jedoch nicht in der Lage sich selbst zu korrigieren. Der Staat gewährleistet das Funktionieren der Ökonomie, indem er die infrastrukturellen Vorbedingungen für Investitionen und Produktion einschließlich Bildungsqualifikationen leistet. Mehr Markt bedeutet nicht weniger Staat, sondern provoziert eine enormen Ausweitung von Reglementierungen, Kontrollen und Interventionen. Im Zuge der als das wirtschaftspolitische Allheilmittel geltenden Privatisierung wird die staatliche Einflussnahme durch private Macht(gruppen) ersetzt - Privatisierungen sind demnach Machtrestrukturierungen. Wenngleich die Umverteilungen nicht immer klar zu erkennen sind, läuft es letztlich auf eine Privatisierung der Gewinne und eine Vergesellschaftung der Verluste hinaus. Die Beseitigung staatlicher Steuerungsmacht fördert in erster Linie die Interessen derer, die diese Märkte beherrschen und somit den Wettbewerb ausschalten können - die vollkommene Konkurrenz ist eine weitere verfehlte Grundannahme: Der Wettbewerb auf den Märkten ist beschränkt, die Märkte sind mono- und oligopolistisch verzerrt, „vermachtet“. Der verschleiernde, den Kern der Sache verbergende Charakter des neoliberalen Paradigmas entlarvt dieses als Ideologie. Der ihm zugrunde liegende „homo oeconomicus“, das vermeintlich unabhängige, objektive, rationale und unemotionale, perfekt informierte Individuum, das unabhängig von Beziehungen und sozialen Zusammenhängen seinen Nutzen maximiert, zeitigt von einem absurden, asozialen Männlichkeitsbild – und dieses einseitige Menschenbild existiert in der Realität einfach nicht.

Immerhin erkennen Unternehmer/innen nun die Herausforderungen der Zeit, sei aus gesellschaftlicher Verantwortung oder als Versuch, das eigene System vor dem Kollaps zu bewahren. Schon die Ökonomen Smith und Keynes verwiesen auf die erforderlichen Rahmenbedingungen und selbst bei Hayek liest man über die nötige Einbettung der Marktwirtschaft in ihr Umfeld. Wir stehen vor der großen Herausforderung, Markt und Menschlichkeit zu vereinen und in Einklang mit der Natur zu bringen. Dafür bedarf es der Reorientierung, Reorganisation und Stärkung politischer Gestaltungskräfte. Das auf Josef Riegler gründende ganzheitliche Ordnungsmodell der Ökosozialen Marktwirtschaft ist ein beispielgebendes Instrument für Nachhaltigkeit, das die vermeintlichen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Interessengegensätze versöhnt.

Die immer weiter auseinanderklaffende Kluft zwischen arm und reich⁴ zwischen und innerhalb der Nationen provoziert soziale Spannungen, untergräbt die politische Legitimation und gefährdet den Frieden. Globalisierte Gefahren und Herausforderungen erfordern Alternativen zur nationalstaatlichen Architektur des Politischen und der Demokratie. Dabei ist der (National)Staat keineswegs obsolet geworden, er ist vielmehr unverzichtbar - als einzig legitimierte Instanz zur Wahrung der Gemeinwohlinteressen. Mit dem kooperativen Modell des Transnationalstaates soll eine Revitalisierung des Politischen (nicht nur im staatlichen, sondern auch im zivilgesellschaftlichen Sinne) gelingen. Geteilte Souveränität bedeutet, dass durch Kooperation ein Zugewinn an Handlungs- und Problemlösungsfähigkeit entsteht.

Zur kooperativen Bewältigung der zentralen Zukunftsaufgaben und politischen Gestaltung der Globalisierungen ist Global Governance erforderlich. Dabei geht es nicht nur um eine Verdichtung der internationalen Zusammenarbeit in internationalen Organisation, sondern um ein neues Politikmodell, das auf das Gemeinwohl zielt und den neu entstandenen Politikfeldern als auch Akteur/innen Rechnung trägt, die neben die nationalstaatliche Politik und internationalen Regime getreten sind: Die transnationalen, also grenzüberschreitend agierenden Konzernen und Akteur/innen der Finanzmärkte, wissenschaftliche Einrichtungen, Medien sowie die Zivilgesellschaft und Nicht-Regierungsorganisationen, NROs bzw. NGOs, die nicht zuletzt aufgrund der internationalen Publizität eine wirksame Korrektivfunktion in der Weltpolitik darstellen. Global Governance ist demnach ein

⁴ Das Einkommen der ärmsten 10 Prozent der Menschheit beträgt 1,6 % des Einkommens der reichsten zehn Prozent, die soviel verdienen, wie die ärmsten 57 % zusammen.

komplexer Prozess der Konsens- und Entscheidungsfindung zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteur/innen von der lokalen bis zur globalen Ebene zur Gestaltung der globalen Wandels. Es geht also nicht, wie die deutsche Übersetzung Weltordnungspolitik suggerieren könnte, um eine weltstaatliche Autorität oder Weltregierung. Governance without government meint die skizzierte neue Form gesellschaftlicher Steuerung im Sinne der bereits 1795 von Immanuel Kant anvisierten Weltföderation. Ein reformiertes UN-System bildet das institutionelle Rückgrad von Weltordnungspolitik und die Stärkung der globalen Rechtsstaatlichkeit den zentralen Baustein.

Global Governance bedeutet die Wiedergewinnung politischer Steuerungs- und Gestaltungsmacht. Die Staaten bleiben die Hauptakteure, nun auch zuständig für Koordination und Interessenausgleich der vielfältigen Akteure mit divergierenden Interessen. Dabei wird auf das Verantwortungsbewusstsein der Entscheidungsträger/innen und den politischen Willen gesetzt, die getroffenen multilateralen Übereinkommen und nationalen Strategien durch entsprechende Maßnahmen auch zu implementieren und die dafür erforderlichen finanziellen Mittel bereit zu stellen. Dem Einwand, Gemeinwohl sei dem herrschenden, von Macht und Interessen geleiteten Denken und Handeln fremd und die Chancen auf Kooperation und Interessenausgleich gering, ist der Zwang zur Zusammenarbeit aus Not entgegenzuhalten. Die sich im Zuge der Globalisierungen internationalisierten Fehlentwicklungen und Bedrohungen erfordern kooperatives und koordiniertes Handeln schon aus aufgeklärtem Eigen-, ja Überlebensinteresse.

Offen ist noch, wie Kohärenz zwischen ökologischen, ökonomischen, sozialen und politischen Systemen „hergestellt“ und effektive, demokratische Entscheidungsstrukturen gesichert werden können. Unter anderem wird eine Gleichberechtigung und Handlungsfähigkeit aller Länder unterstellt. Die Lösung der globalen Herausforderungen kann nur über eine Transformation der gegenwärtigen Nord-Süd-Beziehungen gelingen - echte Partnerschaft statt Paternalismus lautet die Maxime. Zudem ist eine Reform der internationalen Organisationen erforderlich, eine Demokratisierung der „Institutional Trinity“ (Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF) und World Trade Organisation (WTO)) hin zu mehr Transparenz und Verantwortlichkeit über ihr enges wirtschaftliches Interesse hinaus.

Der Aufbau von Weltfinanz- und Handelsordnungen, einer Weltsozial- und Umweltordnung wird allerdings scheitern, wenn er nicht in eine Weltfriedensordnung eingebunden ist. Eine internationale Kooperationskultur, ein „neuer Geist der globalen Nachbarschaft“ soll die alten Vorstellungen gegnerischer Staaten ersetzen. Der Marginalisierung der Vereinten Nationen, der von Partikulärinteressen geleiteten Engstirnigkeit und dem unilateralistischen Hegemonieanspruch der USA gilt es politische Allianzen aus „like-minded-countries“ und der Gesellschaft entgegenzusetzen. Umfassende menschliche Sicherheit kann nicht gegen-, sondern nur miteinander erreicht werden.

III UND EIN NEUES, GANZHEITLICHES BEWUSST-SEIN

Rahmenbedingungen alleine schaffen aber noch keine zukunftsfähige Weltordnung, zudem bedarf es eines Bewusstseinswandels und der Herausbildung bzw. Wiederkehr nicht-materialistischer Werte. Beispielsweise steht die Gier einem nachhaltigen Leben entgegen - die von alleine wachsende und in ihrer Natur unersättliche Gier entsolidarisiert und polarisiert, pervertiert und entwürdigt, verhindert Liebe und Zufriedenheit, Gier entfremdet. Die Habgier von einst ist zur heutigen Wirtschaftstugend namens Profitmaximierung geworden. Die umfassende Anwendung des Konkurrenzprinzips, kurzsichtiges Eigeninteresse und vermeintliche individuelle Freiheit verdrängen grundlegende humanistische Werte und soziale Errungenschaften, gehen weiterhin zu Lasten der Umwelt und der Lebensqualität künftiger Generationen.

Die Menschenrechte sind die Basis für ein umfassenderes, positives Friedenskonzept, da sie zentrale politische, soziokulturelle und wirtschaftliche „Friedensursachen“ benennen. Folgende Formulierung von Kernelementen menschenwürdiger Lebensbedingungen soll auch verdeutlichen, dass nachhaltige, friedliche Entwicklungen eine weltumspannende Herausforderung sind:

- Abdeckung der elementaren Grundbedürfnisse nach Nahrung, sauberem Wasser, Kleidung und Wohnen inkl. adäquater Sanitäreinrichtungen

- Zugang zu Basisgesundheitsdiensten
- Bildung im umfassenden Sinne und chancengleicher Zugang zu Informationen
- Unabhängigkeit, Freiheit, die die Verantwortung des einzelnen für das Gemeinwohl auch künftiger Generationen sowie für die Umwelt (als einen Wert an sich) impliziert
- kulturelle Selbstbestimmung und Wahrung autonomer Lebensräume gründend auf gegenseitigem Respekt
- Eigenverantwortung, Selbstvertrauen und -wertgefühl
- Soziokulturelle und politische Partizipation; eine konstruktive (politische) Konfliktkultur
- Chancengleichheit für Männer und Frauen
- Demokratie und Good Governance, also gute Regierungsführung
- Gewaltlosigkeit und menschliche Sicherheit
- Nachhaltige, sprich sozial gerechte und ökologische Wirtschaft sowie
- ein intaktes Ökosystem.

Eine gesunde Umwelt, Freiheit und Gerechtigkeit, Partizipation, Eigenverantwortung und Selbstachtung sind „Werte ohne Grenzen“. Eine Kultur des Friedens kennzeichnet sich auch durch Solidarität und Gastlichkeit aus. Wir neigen dazu, unser eigenes Wertesystem zu verabsolutieren. Dabei ist die Wertordnung des anderen der eigenen gleichwertig. Auch macht die Vielgestaltigkeit der jeweiligen Lebensweisen die Einzigartigkeit und den Reichtum dieser Welt aus. Dialog, tieferes interkulturelles Verständnis, Empathie und gegenseitiger Respekt bilden den Nährboden für einen friedlichen (internationalen) Interessenausgleich und ein sicheres Zusammenleben der unterschiedlichen Kulturen. Es kann also nicht um Gleichheit, Gleichmacherei gehen, sehr wohl aber um Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit als auch um ein ganzheitlicheres Menschenbild. (Siehe dazu auch Hans Küngs Weltethos.)

Schuldzurechnungen oder reduktionistische Ursachenanalysen, bei denen wirtschaftliche gegen gesellschaftspolitische Ursachen oder individuelles Fehlverhalten ausgespielt werden, sind wenig dienlich, vielmehr bedarf es der Herleitung holistischer Lösungsansätze. Die Spezialisierung der Wissenschaften hat den interdisziplinären Diskurs nicht gerade gefördert. Zudem vermittelt das Bildungssystem Wissen ohne den Gesamtzusammenhang. Platos Erkenntnis, das Wissen und Werte eins sind, scheint längst vergessen. Entwicklung meint in ihrem ursprünglichen Sinne die Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten und Möglichkeiten. Zentrale Bedeutung kommt dabei einer Neu- bzw. Wiederorientierung der Bildungspolitik an ihrem ursprünglichen, umfassenden Sinne zu. Mit einer Bildung, die eigenständiges Denken fördert, sich an der Entwicklung des humanen Potentials des Menschen orientiert, könnte sich der Mensch von den verinnerlichten Zwängen (bspw. des Konsums) emanzipieren, die der Entfaltung seines Bewusstseins im Weg stehen und ein kritisch-analytisches Verhältnis zu jenen politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen gewinnen, die sein Leben bestimmen. Eine derart demokratiefördernde Bildungspolitik ist Mitvoraussetzung für die individuelle Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und Emanzipation, für die Herausbildung eines Selbstwertgefühls und für ökosoziales und politisches Engagement - für wahren, tätigen Individualismus. Dieser bedeutet die Weigerung, sich nur um die eigenen Angelegenheiten zu kümmern und meint die Übernahme von Verantwortung, die nachdrückliche Einmischung und Teilnahme der Menschen, beruhend auf der Erkenntnis, dass der Mensch von seinem Wesen her auf Gemeinschaft angelegt ist und sich nur in dieser voll verwirklichen kann und er seinen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten hat.

Es gilt, die eingefahrenen, eindimensionalen Denkstrukturen zu durchbrechen, die engen Grenzen der traditionellen, mechanistischen Ökonomie zu sprengen - und den homo integralis (wieder) zu etablieren. Der Mensch hat als untrennbarer Teil des Ganzen eine Verantwortung gegenüber der Natur, Ethik ist dem biozentrischen Prinzip inhärent. Wenn der Mensch Einsicht in die Vernetzung von Allem mit Allem erlangt, richtet er sein Handeln freiwillig im Sinne des erkannten Ganzen aus. Die Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwohl inklusive der Natur entspricht dann wahrer Freiheit - jenseits dem gegenwärtig auszumachenden pervertierten Individualismus, der in der eigenen Beschränktheit stecken bleibt.

BIBLIOGRAPHIE

- Altvater, Elmar, Mahnkopf, Birgit: Grenzen der Globalisierung; Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster 1996.
- Amon, Werner, Liebmann, Andreas (Hrsg.): Umwelt - Friede - Entwicklung. Dimensionen 2000, Wien 1997.
- Beck, Ulrich: Perspektiven der Weltgesellschaft. Frankfurt am Main 1998.
- Bourdieu, Pierre: Gegenfeuer; Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz 1998.
- Esteva, Gustavo: FIESTA – jenseits von Entwicklung, Hilfe und Politik. Frankfurt a. M. / Wien 1992.
- Grober, Ulrich: Konstruktives braucht Zeit. Aus Politik und Zeitgeschichte, B31-32/2002.
- Kabou, Axelle: Weder arm noch ohnmächtig; Eine Streitschrift gegen schwarze Eliten und weiße Helfer. Basel 1995.
- Kennedy, Margit: Gefahren und Chancen der Globalisierung. In: Zeitschrift für Sozialökonomie 121/1999. S.27 ff.
- Madörin, Mascha: Männliche Ökonomie - Ökonomie der Männlichkeit. In: Bundesministerium für Frauenangelegenheiten, Frauenwirtschaftskonferenz, Schriftenreihe BD.6, Wien 1995.
- Mascha, Andreas: Das Holistische Marketing - Eine zukunftsfähige Managementstrategie. Sonderschrift der Arbeitsgruppe Integrales Management / Institut *homo integralis*.
- Messner, Dirk, Nuscheler, Franz: Das Konzept Global Governance Stand und Perspektiven; INEF Report, Duisburg, Heft 67/2003.
- Moser, Anton, Riegler, Josef: Konfrontation oder Versöhnung? Ökosoziale Politik mit der Weisheit der Natur. Graz / Stuttgart 2001.
- Narr, W., D., Schubert, A.: Weltökonomie, Die Misere der Politik. Frankfurt am Main 1994.
- Nohlen, D., Nuscheler, F. (Hrsg.): Handbuch der Dritten Welt; 1 Grundprobleme, Theorien, Strategien. Bonn 1993.
- Nuscheler, Franz (Hrsg.): Entwicklung und Frieden im Zeichen der Globalisierung, Bonn 2000.
- Sachs, Wolfgang (Hg.): Wie im Westen so auf Erden, Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik. Reinbek bei Hamburg 1993.
- Schmee, J., Weissel, E. (Hrsg.): Die Armut des Habens; Wider den feigen Rückzug vor dem Neoliberalismus. Wien 1999.
- Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF) (Hrsg.): Nachbarn in Einer Welt; Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik. Bonn 1995.
- Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Opladen 1993.